

## **Alternative sein, nicht kleiner Koalitionspartner: Eine gerechtere Gesellschaft nur mit der SPD!**

- 5 Die SPD hat die Bundestagswahl 2017 klar verloren. Flächendeckend erzielte die SPD das historisch schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, auch in Bremen.

### **Was ist geschehen?**

- 10 Im Vorfeld des Wahlkampfes schien die SPD mit dem Kanzlerkandidaten und neuem Bundesvorsitzenden Martin Schulz im Aufwind. Besonders die Aussagen zu Änderungen an der Agenda 2010 erhöhten laut Demoskopien die Umfragewerte der SPD. Viele Menschen traten neu oder wieder in die SPD ein. Die neue Haltung zur Agenda 2010 war ein oft genannter Grund. Zeichnete sich zunächst eine Rückkehr verlorengegangener Stimmen aus dem Spektrum der Nichtwähler\*innen und aus dem Stimmenpotential der LINKEN ab, hielt dieser Trend nicht bis zur Wahl. Gleiches gilt für einen noch vor  
15 einigen Monaten absehbaren „Stop“ des Aufwindes der AfD.

- 20 Im konkreten Wahlkampf konnte die SPD viele ihrer Wählerinnen und Wähler erneut nicht erreichen und musste sogar weitere Verluste hinnehmen. Resultat waren das schlechteste SPD-Bundestagswahlergebnis aller Zeiten, die Abwahl der „Großen Koalition“ mit einer ebenfalls massiv geschwächten CDU, eine stabile, ja gestärkte LINKE, eine ebenfalls erstarkte FDP und auch die Grünen konnten sich wieder von zwischenzeitigem Umfragetief erholen. Besonders erschütternd ist, dass mit der AfD eine rechtsnationalistisch aufgestellte Partei mit ausländerfeindlichen, frauenfeindlichen und Minderheiten verachtenden Inhalten und Parolen bundesweit knapp 13 Prozent erhalten hat.

- 30 Auch in Bremen haben wir als SPD einen historischen Tiefstand erreicht. Die SPD-Verluste sind im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch, wie in allen Hochburgen, die CDU-Verluste von niedrigerem Niveau aus vergleichsweise gering. Die LINKE wird in Bremen vielerorts vor der CDU oder den Grünen zweitstärkste Kraft. In einigen Gebieten (Fesenfeld) liegt sie vor der SPD. Die AfD erreicht ein knapp zweistelliges Ergebnis.

- 35 Die Gründe für diesen weiter fortgeschrittenen Vertrauensverlust der SPD sind sicher vielschichtig, es gibt hierfür nicht die „eine Antwort“ oder einfache Erklärungen. Folgender Erklärungsansatz lässt sich aber versuchen:

- 40 Obwohl soziale Gerechtigkeit ein Schwerpunkt für viele Wählerinnen und Wähler war, konnte die SPD hier nicht überzeugen und ihre Politik und ihre Ziele nicht glaubwürdig vermitteln. SPD-Wähler\*innen wechselten zu LINKEN und AfD. Frühere SPD-Wähler\*innen, die zwischenzeitig zu Nichtwähler\*innen wurden, gingen zwar wieder zur Wahl, wählten aber LINKE, GRÜNE oder FDP oder sogar AfD. Eine ähnliche Erosion traf die CDU/CSU – dort mehr mit Blick auf die Frage Flüchtlinge, Migration (Erosion  
45 Richtung AfD), aber auch Wirtschaft/Modernisierung (Erosion Richtung FDP).

## Was ist zu tun?

50 So wie die Gründe vielschichtig sind, gibt es auch nicht nur EINEN Weg heraus aus der Misere. Folgende Ansätze sind aus unserer Sicht unerlässlich:

- 55     ▪ Wir unterstützen die Linie der SPD im Bund, die Konsequenz aus der Abwahl der Großen Koalition und dem herben Zustimmungsverlust der SPD zu ziehen. Wir halten es für den einzig richtigen Schritt, als Konsequenz des klaren Signals an die Sozialdemokratie den Auftrag anzunehmen, eine klar erkennbare Oppositionsrolle im Bund anzuführen.
- 60     ▪ Ein zentraler inhaltlicher Ansatz ist ein glaubwürdiges Konzept zur Änderungen an der Agenda 2010 in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit. Hierbei muss es gelingen überzeugende Lösungen anzubieten, ohne dies durch die Möglichkeit der Umsetzung unter Beweis stellen zu können. Dies ist in der Opposition eine besondere Herausforderung.
- 65     ▪ Das Ende der Großen Koalition ist nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung einer Revitalisierung der SPD. Die SPD muss den politischen Wettbewerb um die richtigen politischen Visionen und Konzepte unter den Parteien wieder schärfen. Denn wir sind das Gegenmodell zu bestehenden Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten unserer Gesellschaft und nicht das „Anhängsel“ und „gute soziale Gewissen“ der CDU!  
70     Wir müssen und wollen als SPD für die Wählerinnen und Wähler wieder klar erkennbar machen, was in den Jahren der Großen Koalition – unbenommen faktischer Erfolge im Einzelnen wie der Einführung des Mindestlohns – augenscheinlich unklar wurde: Die SPD ist die politische Kraft, die für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft steht. Wir wollen wieder klarer stehen für eine Politik, die auch angesichts der Herausforderungen der Zukunft Gerechtigkeit und Solidarität zum Maßstab hat.
- 75     ▪ Im Bund müssen wir hierzu zukunftsweisende programmatische Ansätze offensiver herausstellen (z.B. Rentenniveaufrage, Bürgerversicherung, Arbeitsversicherung), und uns auch wieder eindeutiger zu sozialdemokratischen Kernüberzeugungen bekennen, auch wenn sie Gegenwind erzeugen (z.B. Vermögensteuer).
- 80     ▪ Unser Ziel muss sein, möglichst viele Menschen wieder zu den demokratischen Parteien in den demokratischen Diskurs zurückholen, verbunden mit der klaren Haltung, jedes rassistische Denken, Sprechen und Handeln mit Entschlossenheit zu bekämpfen und hier keinerlei Relativierung von irgendeiner Seite zu dulden.
- 85

90

- Der Weg zurück zur demokratischen Volkspartei mit Zukunftsorientierung führt aber auch über Ansätze, jene wieder zu vertreten, die neoliberalen Parolen und Individualisierungstendenzen folgen. Zu Solidarität gibt es in unserem Staats- und Wirtschaftssystem keine gerechte Alternative und dies geht auch mit Modernisierung, Digitalisierung und neuen sozialen Medien.

95

### Unser Kurs in Bremen:

100

In Bremen, wo wir führend in der Regierungsverantwortung stehen, müssen wir eine solche Politik vor Ort spürbar machen. Hier müssen wir jeden Tag der verbleibenden Legislaturperiode bis zum Bürgerschaftswahltag beweisen, dass wir politische Entscheidungen sozial gerecht und zugunsten des Zusammenhalts unserer Stadtgesellschaft treffen.

105

Ein Erfolgsgeheimnis der Bremer SPD ist, dass uns dies stets besser gelungen ist als im Bund. Geplanter Rückkauf der BREBAU, das Landesprogramm für Langzeitarbeitslose oder unser Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ sind dafür ebenso Beispiele wie unsere integrationspolitischen Maßnahmen, die gerade in den sogenannten Ankunftsquartieren Unersetzliches leisten. Beides werden und müssen wir mit den nächsten Haushalten fortsetzen. Ehrlicherweise müssen wir aber auch feststellen, dass wir nicht in allen Bereichen unseren eigenen Ansprüchen genügen. Beispielhaft sei hierzu genannt:

110

115

- Wir haben bei der vergangenen Wahl Bremens Jugend eine „Ausbildungsgarantie“ versprochen. Das Versprechen haben wir nicht annähernd eingelöst. Die Lage am Ausbildungsmarkt ist noch schlechter als zu Beginn der „Bremer Vereinbarungen“ im Jahr 2011, obwohl der Staat zusätzliche Plätze geschaffen hat. Hierauf brauchen wir eine ehrliche und schlüssige Antwort.

120

125

- Der beachtliche Kraftakt beim KiTa-Ausbau hat die „aufholende Entwicklung“ für jene Stadtteile mit besonderem kindbezogenen Bedarf vorübergehend in den Hintergrund treten lassen. Die Schere, das zeigt sich deutlich, ist so weit auseinander wie eh und je und klafft immer weiter. Wir müssen uns daran messen lassen, ob es gelingt, diesen Trend umzukehren und sie zu schließen.

130

- In der schulischen Bildung können wir all jene, die mit Leidenschaft an den Schulen Bildungsungerechtigkeit bekämpfen, nicht überall so unterstützen, wie wir es müssten. Dies ist angesichts der wachsenden Kinderzahlen, nicht nur, aber auch durch Zuwanderung, besonders wichtig, um

135 allen gerecht zu werden. Einzelne Bremer Grund- und Oberschulen in  
Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf leisten mit der richtigen  
Unterstützung Herausragendes. Dies in der Fläche zu ermöglichen und  
Antworten auf die in Zahl und Heterogenität (Zuwanderung, Inklusion,  
soziale Lage) gewachsene Schülerschaft zu finden, ist der Gradmesser so-  
zialdemokratischer Bildungspolitik. Auch nach der erfreulichen Aufsto-  
140 ckung des Bildungsetats mit dem nächsten Haushalt wird dies nicht au-  
tomatisch geschehen, sondern muss sich so in den politischen Entschei-  
dungen wiederfinden.

- 145 ■ In der Integrationspolitik haben wir in Bremen in der Vergangenheit zwar  
stets Haltung bewiesen, stehen auch anlässlich des Wahlerfolgs einer  
rechts-nationalistischen Partei aber vor der Herausforderung, Haltung  
auch zu wahren. Mit Bezug auf das Auslaufen der Restriktionen in der  
Familienzusammenführung im Frühjahr 2018 bleiben wir bei der Haltung,  
dass Beschränkungen in der Familienzusammenführung inhuman und  
integrationsfeindlich sind und die Einschränkungen daher beendet wer-  
150 den müssen. Gleichzeitig ist es nach wie vor essentiell, dass wir die städ-  
tische Infrastruktur so ausbauen, wie es eine wachsende Stadt schlüssi-  
ger Weise erfordert. Nur so können die Chancen der Zuwanderung zum  
Tragen kommen und zudem sichergestellt werden, dass Angebote für  
Zugewanderte nicht zulasten anderer geht, sondern Bremen wächst *und*  
155 zusammenwächst.
- Nicht alle politischen Kräfte in der Stadt haben den ungeheuren Druck  
realisiert, der am Wohnungsmarkt herrscht. Menschen, die auf günstigen  
Wohnraum angewiesen sind, haben keine Schutzmacht, keine Lobby –  
160 außer der SPD. Wir sind in der Pflicht, den zu lobenden politischen Druck  
aus Bürgerschaftsfraktion und Rathaus aufrecht zu erhalten und in vor-  
zeigbare Ergebnisse des gesamten Senats umzumünzen.

165 Ein so aufgestelltes, politisches Profil bringt selbstredend auch Widerstände mit  
sich, insbesondere dann, wenn die Ressourcen zur Gestaltung endlich sind. Dies  
müssen wir jedoch in schlüssigen Argumentationen zugunsten einer Politik der  
sozialen Gerechtigkeit einbetten, um damit glaubwürdig und konsequent für  
die Idee einer zusammenhaltenden bremischen Stadtgesellschaft zu stehen.  
Dazu gehört ganz unmittelbar, dass wir als Sozialdemokrat\*innen in der Arbeit  
170 vor Ort Gesicht zeigen, in unserem Alltag auf die Menschen zugehen, sie einbin-  
den, Sprachrohr sind und mit den Menschen gemeinsam Akteur vor Ort sind.

175 Eine in Zukunft starke SPD muss wieder dem Anspruch gerecht werden, eine  
Zukunftsvision der gerechten und solidarischen Gesellschaft als Position durch-  
zuhalten und die Menschen von unserer Vorstellung von Gesellschaft auch in

Zukunft gewinnen. Dies ist dann auch eine Voraussetzung dafür, dass die markt- und rechtsradikale AfD 2017 das erste und einzige Mal in den Deutschen Bundestag einzieht und dass sie 2015 das erste und einzige Mal in die Bürgerschaft eingezogen ist.